# Preußische Gesetzsammlung

Jahrgang 1923

Mr. 52.

Inhalt: Geses über Anderung des Besteuerungsrechts der jüdischen Resigionägesellschaften im ehemaligen Kurhessen, S. 421. — Geses, betressend die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den durch Geses wim 9. Juni 1913 angeordneten Ausbau von Wasserfreiten im oberen Quellgebiete der Weser (III. Nachtragskreditgeset), S. 422. — Geses, betressend die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den durch Geses wird. Auchtragskreditgeset), S. 423. — Geses, betressend die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den Ausbau des Szz und des Gisenkals am neuen Vinnensen in Emden, S. 424. — Geses, betressend Beteiligung des Preußischen Staates an einer zu gründenden Attiengesellschaft für den Bau zweier Staussung und Ausbau des Preußischen Staates an einer zu gründenden Attiengesellschaft für den Bau zweier Staussung und Ausbaugung dieser sowie einer vorsandenen weiteren Staussung zur Gewinnung elektrischen Stromes, S. 426. — Verordnung über die Einführung des Gesets über die Form der Aussalfuss zur Gewinnung lektrisches eile Pyrmont, S. 427. — Verordnung über die Ausbehnung der Geschstellanbschaftlicher (ritterschaftlicher) Kreditanstalten auf Teile der Proving Grenzmart Posen Westernessen, S. 427. — Erlaß des Ministers sur dandwirtschaft, Domänen und Forsten, betressen Anderung des Tariss für die Gebühren der Kreistierärzte in gerichtlichen Angelegenheiten vom 15. Juni 1905 und vom 3. März 1913, S. 428. — Bekanntmachung der nach dem Gesetz vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter verössenlichten Erlasse, Urfunden usw., S. 428.

(Rr. 12616.) Geset über Anderung des Besteuerungsrechts der jüdischen Religionsgesellschaften im chemaligen Kurhessen. Bom 31. Juli 1923.

Der Preußische Landtag hat für das Geltungsgebiet der kurhessischen Verordnung vom 30. Dezember 1823, die gemeinheitlichen Verhältnisse der Jsraeliten betressend, und des kurhessischen Gesetzes vom 29. Oktober 1833 zur gleichförmigen Ordnung der besonderen Verhältnisse der Jsraeliten (kurhessische Gesetzsamml. 1823 Nr. XII S. 87, 1833 Nr. XVI S. 144) folgendes Gesetz beschlossen:

Die §§ 17 bis 21 des furhessischen Gesetzes vom 29. Oktober 1833 werden aufgehoben.

§ 2.

Als Maßstab der Umlegung der bisher durch die Klassensteuer aufgebrachten Gemeinde und Provinziallasten (§§ 44 ff. und 49 ff. der kurhessischen Verordnung vom 30. Dezember 1823) dient die Reichseinkommensteuer.

Die Erhebung erfolgt in der Form von Zuschlägen.

Die Veranlagung geschieht durch die Gemeindealtesten.

§ 3.

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1923, im Bezirke des Vorsteheramts Julda mit Wirkung vom 1. April 1923 in Kraft.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verfündet. Die versassungsmäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 31. Juli 1923.

Das Preußische Staatsministerium.

(Giegel.)

Braun.

Boelit.

Gefehfammlung 1923. (Nr. 12616-12623.)

Ausgegeben zu Berlin den 11. September 1923.

3—12623.)

(Nr. 12617.) Gefetz, betreffend die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den durch Gesetz vom 9. Juni 1913 (Gesetzfamml. S. 343) angeordneten Ausbau von Wasserfräften im oberen Quellgebiet der Weser (III. Nachtragsfreditgesetz). Bom 5. September 1923.

Der Landtag hat folgendes Gefet beschloffen:

#### § 1.

Das Staatsministerium wird ermächtigt, für den Ausbau von Wasserkräften im oberen Quellgebiet der Weser über die in den Gesetzen vom 9. Juni 1913 (Gesetzsamml. S. 343), vom 7. Juli 1920 (Gesetzsamml. S. 242) und vom 20. April 1922 (Gesetzsamml. S. 110) bereitzgestellten Mittel von 10 500 000 Mark + 30 500 000 Mark + 55 205 300 Mark = 96 205 300 Mark hinaus zur Deckung von Mehrkosten der im Bau besindlichen Anlagen und zur Aussührung von Ergänzungsanlagen einen weiteren Betrag bis zu 27 000 000 000 Mark (siebenundzwanzig Milliarden Mark) nach Maßgabe der von dem zuständigen Minister sestzustellenden Pläne zu verwenden.

## § 2.

- (1) Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Deckung der im § 1 bewissigten Summe eine Anseihe durch Verausgabung eines entsprechenden Betrags von Schuldverschreibungen aufzunehmen. Die Verwaltung der Anleihe wird der Hauptverwaltung der Staatsschulden übertragen. Die Anleihe ist in der Art zu tilgen, daß jährlich 1,9 vom Hundert des für den Anleihezweck aufgenommenen Schuldkapitals unter Hinzurechnung der ersparten Jinsen zur Tilgung der gesamten Staatsschuld oder zur Verrechnung auf bewilligte Anleihen verwendet werden. Als ersparte Zinsen sinsen Hundert der zur Tilgung dieser Anleihe aufgewendeten oder auf bewilligte Anleihen verrechneten Verräge anzusehen.
- (2) An Stelle der Schuldverschreibungen können vorübergehend Schahanweisungen oder Wechsel ausgegeben werden. In den Schahanweisungen ist der Källigkeitstermin anzugeben. Die Wechsel sind von zwei Mitgliedern der Hauptverwaltung der Staatsschulden zu unterschreiben.
- (3) Die Schuldverschreibungen, Schahanweisungen, etwa zugehörige Zinsscheine und Wechsel können auch fämtlich oder teilweise auf ausländische oder nach einem bestimmten Wertverhältnis auf in- und ausländische Währungen sowie im Auslande zahlbar gestellt werden.
  - (4) Die Schahanweisungen und Wechsel können wiederholt ausgegeben werben.
- (5) Die Mittel zur Einlösung der Schahanweisungen und Wechsel können durch Ausgabe von Schahanweisungen und Wechseln oder von Schuldverschreibungen in dem erforderlichen Nennbetrage beschafft werden.
- (6) Schuldverschreibungen, Schatzanweisungen und Wechsel, die zur Einlösung fällig werdender Schatzanweisungen oder Wechsel bestimmt sind, hat die Hauptverwaltung der Staatsschulden auf Anordnung des Finanzministers vierzehn Tage vor der Fälligkeit zur Verfügung zu halten. Der Umlauf und gegebenenfalls die Verzinsung der neuen Schuldpapiere darf nicht vor dem Zeitpunkte beginnen, mit dem die Umlaufssähigkeit und die Verzinsung der einzulösenden Schuldpapiere aushört.
- (7) Wann, durch welche Stelle und in welchem Betrage, zu welchem Zins- oder Diskontsatz, zu welchen Vedingungen der Kündigung oder mit welchem Fälligkeitstage sowie zu welchem Kurse

bie Schuldverschreibungen, Schakanweifungen und Wechfel gusgegeben werden follen, bestimmt ber Kinanzminifter; ihm bleibt im Kalle des Abs. 3 die Kestsetzung des Wertverhaltnisses sowie der näberen Bedingungen für Rablungen im Ausland überlaffen.

Die Ausführung biefes Gefekes erfolgt burch bie zuftandigen Minifter.

Das vorstebenbe, vom Canbtage beschloffene Gefets wird biermit verfündet. Die verfaffungs. mäßigen Rechte bes Staatsrats find gewahrt.

Berlin, ben 5. September 1923.

(Giegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

v. Richter. Siering.

Gefet, betreffend die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den burch Gefet vom 8. Mai 1916 angeordneten Ausbau bon Wafferfraften des Mains (3. Nachtragsfreditgefet). 5. September 1923.

Der Landtag hat folgendes Gefet beschloffen:

Das Staatsministerium wird ermächtigt, für den Ausbau der infolge der Mainkanalisierung entstandenen Stauftufen bei Mainkur, Resselstadt und Groß Krogenburg zur Gewinnung elektrischer Energie und für die Serstellung einer Verbindungsleitung mit den staatlichen Kraftwerken im oberen Quellgebiet der Wefer über die in den Gefeten vom 8. Mai 1916 (Gefetsamml. S. 95) und vom 7. Juli 1920 (Gefetfamml. S. 421) sowie vom 20. April 1922 (Gesetfamml. S. 108) bereit. geftellten Mittel von 6 200 000 Mart + 25 573 000 Mart + 44 272 000 Mart = 76 045 000 Mart hinaus zur Deckung von Mehrkoften ben Betrag bis zu 2 000 000 000 Mark (zwei Milliarden Mark) nach Maßgabe der von dem zuständigen Minister festzustellenden Plane zu verwenden.

§ 2.

- (1) Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Deckung ber im § 1 bewilligten Summe eine Unleihe burch Berausgabung eines entsprechenden Betrags von Schuldverfchreibungen aufzunehmen. Die Berwaltung der Unleihe wird der Hauptverwaltung der Staatsschulden übertragen. Unleihe ift in der Urt zu tilgen, daß jährlich 1,9 vom Sundert des für den Unleihezweck aufgenommenen Schuldkapitals unter Hinzurechnung der ersparten Sinsen zur Tilgung der gesamten Staatsschuld ober zur Verrechnung auf bewilligte Anleihen verwendet werden. Als ersparte Sinfen find 5 vom Hundert der zur Tilgung dieser Anleihe aufgewendeten oder auf bewilligte Anleihen verrechneten Beträge anzuseten.
- (2) An Stelle der Schuldverschreibungen können vorübergebend Schahanweifungen ober Wechsel ausgegeben werden. In den Schatzanweifungen ist der Fälligkeitstermin anzugeben. Die Wechsel find von zwei Mitgliedern ber Hauptverwaltung ber Staatsschulden zu unterschreiben.

- (3) Die Schuldverschreibungen, Schatzanweisungen, etwa zugehörigen Binsscheine und Wechsel fonnen auch famtlich ober teilweise auf ausländische ober nach einem bestimmten Wertverhältnis auf in und ausländische Bahrungen sowie im Auslande zahlbar gestellt werden.
  - (4) Die Schatzanweifungen und Wechsel können wiederholt ausgegeben werben.
- (5) Die Mittel zur Ginlösung der Schahanweisungen und Wechsel fonnen burch Ausgabe von Schakanweisungen und Wechseln ober von Schuldverschreibungen in dem erforderlichen Neunbetrage beschafft werden.
- (6) Schuldverschreibungen, Schahanweifungen und Wechsel, die gur Eintojung fällig werbender Schapanweisungen ober Wechsel bestimmt find, hat die Sauptverwaltung der Staatsschulden auf Anordnung des Finanzministers vierzehn Tage vor der Fälligkeit zur Verfügung zu halten. Der Umlauf und gegebenenfalls die Verzinsung ber neuen Schuldpapiere darf nicht vor dem Zeitpuntte beginnen, mit bem die Umlaufsfähigkeit und die Berginfung ber einzulöfenden Schuldpapiere aufhört.
- (7) Wann, burch welche Stelle und in welchem Betrage, zu welchem Sins- oder Distont fate, zu welchen Bedingungen der Rundigung ober mit welchem Fälligkeitstage sowie zu welchen. Rurfe die Schuldverschreibungen, Schahanweifungen und Wechfel ausgegeben werden follen, beftimmt der Kinanzminister; ihm bleibt im Kalle des Abs. 3 die Festsehung des Wertverhaltnisses fowie ber naberen Bedingungen fur Jahlungen im Ausland überlaffen.

\$ 3.

Die Ausführung biefes Gesetzes erfolgt burch die zuständigen Minister.

Das vorsiehende, vom Landtage beschloffene Geset wird hiermit verkundet. Die verjaffungs. mäßigen Rechte bes Staatsrats find gewahrt.

Berlin, den 5. September 1923.

Das Preußische Staatsministerium.

Braun. b. Richter. Giering.

(Rr. 12619.) Gefet, betreffend die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den Ausban bes Erze und bes Eifenkais am neuen Binnenhafen in Emden. Bom 5. Geptember 1923.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschloffen:

Das Staatsministerium wird ermächtigt, für den Ausbau des Erz- und des Eisenkais am neuen Binnenhafen in Emden einen Betrag bis zu 160 000 000 000 Mark (einhundertsechzig Milliarden Mart) einschließlich bes bereits bewilligten Betrags von 2500 000 000 Mark nach Maggabe ber von bem zuftandigen Minister festzustellenden Plane zu verwenden.

## \$ 2.

- (1) Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Deckung der im § 1 erwähnten Auswendungen eine Anleihe durch Berausgabung von Schuldverschreibungen auszunehmen. Die Verwaltung der Anleihe wird der Hautwerwaltung der Staatsschulden übertragen. Die Anleihe ist in der Art zu tilgen, daß jährlich 1,9 vom Hundert des für den Anleihezweck ausgenommenen Schuldkapitals unter Hinzurechnung der ersparten Zinsen zur Tilgung der gesanten Staatsschuld oder zur Verrechnung auf bewilligte Anleihen verwendet werden. Als ersparte Zinsen sind 5 vom Hundert der zur Tilgung dieser Anleihe ausgewendeten oder auf bewilligte Anleihen verrechneten Beträge anzusehen.
- (2) An Stelle der Schuldverschreibungen können vorübergehend Schahanweisungen oder Wechsel ausgegeben werden. In den Schahanweisungen ist der Fälligkeitstermin anzugeben. Die Wechsel sind von zwei Mitgliedern der Hauptverwaltung der Staatsschulden zu unterschreiben.
- (3) Schuldverschreibungen, Schatzanweisungen, etwa zugehörige Zinsscheine und Wechsel können auch fämtlich oder teilweise auf ausländische oder nach einem bestimmten Wertverhältnis auf inund ausländische Währung sowie im Auslande zahlbar gestellt werden.
  - (4) Die Schatzanweisungen und Wechsel können wiederholt ausgegeben werden.
- (5) Die Mittel zur Einlösung der Schatzanweisungen und Wechsel können durch Ausgabe von Schatzanweisungen und Wechseln oder von Schuldverschreibungen in dem ersorderlichen Nennbetrage beschafft werden.
- (6) Schuldverschreibungen, Schahanweisungen und Wechsel, die zur Einlösung fällig werdender Schahanweisungen oder Wechsel bestimmt sind, hat die Hauptverwaltung der Staatsschulden auf Anordnung des Finanzministers vierzehn Tage vor der Fälligkeit zur Verfügung zu halten. Der Umlauf und gegebenenfalls die Verzinsung der neuen Schuldpapiere darf nicht vor dem Zeitpunkte beginnen, mit dem die Umlaussfähigkeit und die Verzinsung der einzulösenden Schuldpapiere aushört.
- (7) Wann, durch welche Stelle und in welchem Betrage, zu welchem Zins ober Diskontsatz, zu welchen Bedingungen der Kündigung oder mit welchem Fälligkeitstage sowie zu welchem Kurse die Schuldverschreibungen, Schahanweisungen und Wechsel ausgegeben werden sollten, bestimmt der Finanzminister. Ihm bleibt im Falle des Abs. 3 die Festsetzung des Wertverhältnisses sowie der näheren Bedingungen für die Sahlung im Ausland überlassen.

#### \$ 3.

Die Ausführung Dieses Gesetzes erfolgt burch die zuständigen Minister.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungs. mäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 5. September 1923.

Das Preußische Staatsministerium. Braun. v. Richter. Siering.

(Siegel.)

(Rr. 12620.) Gesetz, betreffend Beteiligung bes Preußischen Staates an einer zu gründenden Aktiengesellschaft für den Bau zweier Staustusen im unteren Main und Ausnutzung dieser sowie einer vorhandenen weiteren Staustuse zur Gewinnung elektrischen Stromes. Bom 6. September 1923.

Der Landtag hat folgendes Gefetz beschloffen:

§ 1.

Das Staatsministerium wird ermächtigt:

- a) sich an einer zu gründenden Aktiengesellschaft für den Ausbau zweier Staustufen im unteren Main bei Eddersheim und Schwanheim sowie für die Errichtung von Kraftwerken zur Gewinnung elektrischen Stromes an den genannten Staustufen und der bereits vorhandenen bei Kostheim durch Übernahme von Stammaktien im Betrage von 5 vom Hundert der gesamten Baukosten bis zum Höchstbetrage von 15 Milliarden Mark zu beteiligen, sobald die Ausbringung der übrigen Baukosten von anderer Seite gesichert ist;
- b) zu dem gleichen Zeitpunkte zusammen mit dem Neiche und dem Staate Heffen die Bürgschaft für die Verzinfung der auszugebenden Schuldverschreibungen bis zum Höchstbetrage von 75 Milliarden Mark zu übernehmen.

§ 2.

(1) Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Deckung der im § 1 bewilligten Aufwendungen eine Anleihe durch Verausgabung eines entsprechenden Betrags von Schuldverschreibungen aufzusnehmen. Die Verwaltung der Anleihe wird der Hauptverwaltung der Staatsschulden übertragen. Die Anleihe ist in der Art zu tilgen, daß jährlich 1,9 vom Hundert des für den Anleihezweck aufzenommenen Schuldkapitals unter Hinzurechnung der ersparten Zinsen zur Tilgung der gesamten Staatsschuld ober zur Verrechnung auf bewilligte Anleihen verwendet werden. Als ersparte Zinsen sind 5 vom Hundert der zur Tilgung dieser Anleihe aufgewendeten oder auf bewilligte Anleihen verrechneten Veträge anzusehen.

(2) An Stelle der Schuldverschreibungen können vorübergehend Schatzanweisungen oder Wechsel ausgegeben werden. In den Schatzanweisungen ist der Fälligkeitstermin anzugeben. Die Wechsel

find von zwei Mitgliedern der Hauptverwaltung der Staatsschulden zu unterschreiben.

(3) Die Schuldverschreibungen, Schatzanweisungen, etwa zugehörigen Zinsscheine und Wechsel können auch fämtlich oder teilweise auf ausländische oder nach einem bestimmten Wertverhältnis auf in und ausländische Währungen sowie im Auslande zahlbar, ferner auch auf Einheiten von Sachwerten (Tonnen Kali, Zentner Roggen usw.) gestellt werden.

(4) Die Schahanweisungen und Wechsel können wiederholt ausgegeben werben.

(5) Die Mittel zur Einlösung der Schatzanweisungen und Bechsel können durch Ausgabe von Schatzanweisungen und Bechseln oder von Schuldverschreibungen in dem erforderlichen Nenubetrage

beschafft werden.

(6) Schuldverschreibungen, Schahanweisungen und Wechsel, die zur Einlösung fällig werdender Schahanweisungen oder Wechsel bestimmt sind, hat die Hauptverwaltung der Staatsschulden auf Anordnung des Finanzministers vierzehn Tage vor der Fälligkeit zur Verfügung zu halten. Der Umlauf und gegebenenfalls die Verzinsung der neuen Schuldpapiere darf nicht vor dem Zeitpunkte beginnen, mit dem die Umlaufsfähigkeit und die Verzinsung der einzulösenden Schuldpapiere aushört.

(7) Wann, durch welche Stelle und in welchem Betrage, zu welchem Zins- oder Diskontsate, zu welchen Bedingungen der Kündigung oder mit welchem Fälligkeitstage sowie zu welchem Kurse

die Schuldverschreibungen, Schahanweisungen und Wechsel ausgegeben werden sollen, bestimmt der Kinanzminister; ihm bleibt im Falle des Abs. 3 die Festsehung des Wertverhältnisses sowie der näheren Bedingungen für Zahlungen im Ausland überlassen.

§ 3.

Die Ausführung biefes Gefetes erfolgt burch bie guftanbigen Minister.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verfündet. Die verfassungsmäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, ben 6. September 1923.

Das Preußische Staatsministerium.

(Siegel.)

Braun. v. Richter. Siering.

(Mr. 12621.) Berordnung über die Einführung des Gesetzes über die Form der Auflassung vom 13. Mai 1918 im Gebietsteile Phrmont. Bom 3. September 1923.

Der § 1 Abs. 1 und der § 2 des Geseiges über die Form der Auflassung vom 13. Mai 1918 (Geseissamml. S. 51) werden auf Grund des § 5 Zisser III Abs. 2 des Staatsvertrags zwischen Preußen und Waldeckspriment vom 29. November 1921 (Geseissamml. 1922 S. 41) mit dem Tage der Verkündung dieser Verordnung im Gebietsteile Phyrmont eingeführt.

Berlin, den 3. September 1923.

Das Preußische Staatsministerium.
Braun. am Zehnhoff.

(Mr. 12622.) Berordnung über die Ausdehnung der Geschäftsbezirke landschaftlicher (ritterschaftlicher) Rreditanstalten auf Teile der Droving Grenzmark Posen-Westpreußen. Bom 4. September 1923.

Das Preußische Staatsministerium verordnet auf Grund des § 19 Abs. 2 des Gesetzes über die Neuvrdnung der kommunalen Bersassung und Verwaltung in der Ostmark vom 21. Juli 1922 (Gesetzsamml. S. 171), was folgt:

Der Geschäftsbezirk des Neuen Brandenburgischen Kredit-Instituts wird auf die Kreise Deutsch Krone,

Flatow und Schlochau der Proving Grenzmark Posen-Westpreußen ausgedehnt.

Der Engere Ausschuß des Neuen Brandenburgischen Kredit-Instituts hat die weiteren Anordnungen zur Durchführung dieser Borschrift zu treffen. Er ist befugt, diese Ermächtigung für die Dauer der Mitverwaltung des Neuen Brandenburgischen Kredit-Instituts durch die Kur- und Neumärkische Haupt-Nitterschafts. Direktion der Kur- und Neumärkischen Haupt-Nitterschafts-Direktion zu übertragen.

Die Geschäftsbezirke der Pommerschen Landschaft und der Neuen Pommerschen Landschaft für den Kleingrundbesitz werden auf die im § 2 Abs. 6 des Gesetzes über die Neuordnung der kommunalen Versassung und Verwaltung in der Ostmark vom 21. Juli 1922 genannten Teile der ehemaligen Kreise Neustadt (Wester.) und Karthaus, der Geschäftsbezirk der Pommerschen Landschaft außerdem auf die zum Geschäftsbezirke der Westerenßischen Landschaft gehörenden Güter im Kreise Belgard und Reustettin ausgedehnt.

Der Engere Ausschuß der Pommerschen Landschaft und der durch die vier Meistbeteiligten der Neuen Pommerschen Landschaft für den Kleingrundbesit (§ 36 der Satzung der Neuen Pommerschen Landschaft für den Kleingrundbesit) verstärkte Engere Ausschuß der Pommerschen Landschaft haben die weiteren Anordnungen zur Durchführung dieser Vorschrift zu treffen.

\$ 3.

Diese Berordnung tritt mit dem Tage ihrer Berkündung in Kraft. Berlin, den 4. September 1923.

Das Preußische Staatsministerium.

Braun.

am Zehnhoff.

Wendorff.

(Rr. 12623.) Erlaß des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, betreffend Anderung des Tarifs für die Gebühren der Kreistierärzte in gerichtlichen Angelegenheiten vom 15. Juni 1905 (Gesetzfamml. S. 254) und vom 3. März 1913 (Gesetzfamml. S. 27). Vom 1. August 1923.

Auf Grund des § 3 des Gesehes, betreffend die Dienstbezüge der Kreistierärzte, vom 24. Juli 1904 (Gesehsamml. S. 169) werden im Einvernehmen mit dem Preußischen Justizminister und dem Preußischen Finanzminister die Säte des Tarifs für die Gebühren der Kreistierärzte in gerichtlichen Angelegenheiten vom 15. Juni 1905 (Gesehsamml. S. 254) und des dazu ergangenen Machtrags vom 3. März 1913 (Gesehsamml. S. 27) mit Wirtung vom 1. August 1923 an durchweg auf das 22 000 fache erhöht.

Ferner wird die Vorschrift unter laufender Nr. 10 des Tarifs über die Gebühren der Kreistierärzte in gerichtlichen Angelegenheiten vom 15. Juni 1905 (Gesetzfamml. S. 254) vom 1. August 1923 ab wie folgt geändert:

Schreibgebühren für Reinschriften, sofern der Beterinärbeamte sie nicht selbst aufertigt, für die Seite, die mindestens 32 Zeilen von durchschnittlich 15 Silben enthält, auch wenn die Herstellung auf mechanischem Wege stattgefunden hat, 5 000 Mark. Jede angefangene Seite wird voll gerechnet.

Der Erlaß vom 20. Juli 1923 (Gesetsfamml. S. 419), betreffend Anderung des Tarifs für die Gebühren der Kreistierärzte in gerichtlichen Angelegenheiten, wird mit Ablauf des 31. Juli 1923 aufgehoben.

Berlin, den 1. August 1923.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

In Vertretung: Ramm.

# Bekanntmachung.

Hach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. ber Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 16. Juli 1923, betreffend die Verleihung des Enteignungsrechts an den Gesamtschulverband Egels-Popens im Kreise Aurich für die Anlage eines Spiel- und Turnplaßes für die Schule in Egels, durch das Amtsblatt der Regierung in Aurich Nr. 33 S. 203, ausgegeben am 18. August 1923;

2. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 23. Juli 1923, betreffend die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde Vohwinkel für die Anlage eines öffentlichen Spiel- und Sportplates, durch das Amtsblatt der Regierung in Düsseldorf Nr. 32 S. 303, ausgegeben am 11. August 1923.